



GdP übt Kritik an Regelungen des LBesG (und am Umgang der Personalstellen damit...)

„Landeskinder zurückholen“

So die ausgegebene Devise unseres Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff. Ehemalige Sachsen-Anhalter soll der Rückkehr zu ihren Familien erleichtert werden.

Viele junge Leute sind in den letzten Jahren abgewandert, haben in anderen Bundesländern den Polizeiberuf erlernt. Auch diese sollen zur Rückkehr bewegt werden, sollen sich hier eine Existenz aufbauen.

Soweit so gut. Gegen diese Bemühungen lässt sich nichts einwenden. Auch die unter der Schirmherrschaft des MP laufende Aktion von Radio Brocken „1000 Gründe für Sachsen-Anhalt“ ist äußerst lobenswert. Unseren MP müssen wir aber leider auf einen Umstand hinweisen, der nicht gerade dazu beiträgt, dass sich Beamte nach ihrer Heimat sehnen. Es gibt nämlich mindestens einen Grund, der für Beamte gegen Sachsen-Anhalt spricht.

Neben der Tatsache, dass wir im Besoldungsranking bundesweit nur auf dem drittletzten Platz landen enthält unser neues Besoldungsgesetz noch dazu nicht sehr einladende Regelungen.

So werden Landeskinder, die nach ihrer Ausbildung und Verwendung in anderen Bundesländern in ihre Heimat zurückkehren als Neueinstellungen behandelt und finden sich in Stufe 1 der Besoldungsordnung wieder.

Mit der Konsequenz, dass sie teils erhebliche finanzielle Einbußen davon tragen. Es sei denn, sie verfügen über berücksichtigungsfähige Erfahrungszeiten wie hauptberufliche gleichwertige Tätigkeiten etc. Für die erstmalige Stufenfestsetzung sind die personalführenden Stellen zuständig. Und diese tun ihr übriges dazu, dass sich eine Heimkehr nach Sachsen-Anhalt eben gerade nicht lohnt. Da wird mit höchster Akribie geprüft, ob die Vorverwendungen auch gleichwertig etc. sind und bei der kleinsten Diskrepanz ein negativer Bescheid erstellt.

Sollten wir nicht alle daran arbeiten, gemeinsam einen größeren Kuchen zu backen, statt dem Einzelnen von seinem Kuchenstück etwas abzuschneiden? Bei allem Respekt und Verständnis für gesetzliche Vorgaben, die Verfahrensweise der Personalstellen ist ohne wenn und aber konträr zu den Intentionen der Landesregierung. Eines steht fest, damit locken wir keinen hinter dem (fremden) Ofen hervor. Hier ist dringender Änderungsbedarf. Wir werden den Ministerpräsidenten darüber in Kenntnis setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Gewerkschaft der Polizei
Sachsen-Anhalt

